

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

vom 17. Januar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Januar 2018)

zum Thema:

Schwarze Kassen und Steuerbetrug bei der CDU Berlin – Fälle für die Staatsanwaltschaft?

und **Antwort** vom 05. Februar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Feb. 2018)

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (Die Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13 202

vom 17. Januar 2018

über Schwarze Kassen und Steuerbetrug bei der CDU Berlin - Fälle für die Staatsanwaltschaft?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Am 11. Januar 2018 berichtete die B.Z. unter der Überschrift „Schummel-Vorwürfe bringen CDU in Not: Heilmann unter Druck“ über dubiose Vorgänge im Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf der CDU im Zusammenhang mit der Wahlkampffinanzierung. Laut der Berichterstattung sehen auch prominente Mitglieder der CDU zumindest den Anfangsverdacht von möglichen Straftaten. Seit wann gibt es diesbezüglich welche Ermittlungen zu ggf. welchen Tatvorwürfen durch die Staatsanwaltschaft mit ggf. welchem Aktenzeichen?

2. Welche möglichen Straftatbestände sieht die Senatsverwaltung in der von der B.Z. beschriebenen Causa Heilmann gegeben?

3. Wurde inzwischen von Dritten Anzeige gegen Heilmann und mögliche weitere Beteiligte erstattet?

Zu 1. bis 3.: Strafanzeigen in Bezug auf den genannten Sachverhalt liegen bislang weder den Strafverfolgungsbehörden noch der Polizei vor. Die Staatsanwaltschaft Berlin prüft derzeit, ob die in Rede stehende Pressberichterstattung die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens rechtfertigt.

4. Inwieweit wurde bereits geprüft, ob der Darstellung in der B.Z. entsprechend falsche Spendenbescheinigungen bei Berliner Finanzämtern eingereicht wurden und ggf. welcher finanzieller Schaden ist dadurch der Staatskasse entstanden?

Zu 4.: Bislang haben sich die Finanzbehörden zu einer solchen Prüfung nicht veranlasst gesehen.

Berlin, den 5. Februar 2018

In Vertretung

Margit Gottstein
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung